

Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

von

Armin Kammrad, geb. 20.07.1950, Wellenburger Str.16, 86199 Augsburg  
Mitglied Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) und Greenpeace

17.01.2004

**Hiermit fordere ich die Bundesregierung auf**

- 1. alle Beraterverträge, welche Herr Gerster abgeschlossen, fristlos zu kündigen**
- 2. das hier eingesparte Geld für eine Anhebung der Beiträge bei Arbeitslosigkeit zu verwenden**

**Begründung:**

Die horrenden Millionenbeträge, die Herr Gerster für Beratungen ausgegeben hat bzw. weiter ausgeben will beweisen eindeutig, dass nicht die Arbeitslosen, sondern geldgierige Beraterfirmen dem Allgemeinwohl auf der Tasche liegen. Es geht schon in Richtung Strafrecht, wenn arbeitslosen Menschen alles mögliche zugemutet werden soll, nur damit sich bestimmte Firmen aus fremden Geldern bereichern können.

Wenn Herr Gerster hier auf den teuren Umbau der Bundesanstalt für Arbeit verweist, ist das Wesentliche ja gesagt: Die Arbeitslosen treibt man mit brutalen und zum Teil menschenverachtenden Sperrzeiten in die Armut, um Berater wie Firma Berger durch Gelder der Sozialkassen zu subventionieren. Und genau deshalb wirkten, mit Zustimmung der Regierung, irgendwelche Vorstände in solchen Kommissionen, wie der Hartz-Kommission, auch mit. Ich zahle meinen Sozialversicherungsbeitrag allerdings nicht für Vorstände, die schauen, wie sie sich zum Schaden des Gemeinwohls und mit Duldung oder gar Förderung der Regierung noch weitere Gehaltserhöhungen genehmigen können. Es gibt genügend fähige Arbeitslose, die weit kostengünstiger die Bundesanstalt für Arbeit beraten und auch sanieren können.

Nach den Subventionsversuchen der Versicherungen durch ein Zerstören der Sozialkassen im Bereich Gesundheit und Renten, geht das Verschieben fremder Geld vom sozialen Bereich in die Taschen asozialer Vorstände weiter. Dass Herr Schröder mit den Spitzen der wirtschaftlich Mächtigen um irgendeine Heranbildung von Eliten debattiert, lässt weiter Schlimmes befürchten.

Verfassungsrechtlich sollte die Bundesregierung beachten, dass ihr die Pflicht obliegt den sozialen Frieden zu wahren. Seit dem Krieg hat sich keine Regierung so eindeutig in den Dienst des Klassenkampfes von ein paar Reichen und wirtschaftlich Mächtigen gegen die Mehrheit der Menschen gestellt, wie Rotgrün. Dieser Klassenkampf, den die Regierung derzeit führt, dient jedoch nicht dem sozialen Frieden und ist auch nicht verfassungskonform.

Traurig und zugleich völlig widersinnig, dass eine sich „demokratisch“ verstehende Regierung, sich gerade denen verpflichtet fühlt, die Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation maßgeblich verursachen.

Trotz alledem hoffe ich auf die Einsicht der Politiker, vor allem darauf, dass sie mehr zur Sicherung des sozialen Friedens in Deutschland tun. Gerade wir in Deutschland haben mit einer zu einseitigen Ausrichtung der Politik auf die Renditebedürfnisse der herrschenden Industrie und Banken schon einmal sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wer von der deutschen Demokratie begeistert ist, sollte vielleicht einmal studieren, welche Firmen und Banken maßgeblich Hitler an die Macht brachten. Vertrauen kann man nur dem Eigentum, was nachweislich seiner, vom Grundgesetz geforderten, sozialen Verpflichtung nachkommt.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)